

Jochimsen, Reimut; Miegel, Meindhard; Meyer, Heinz-Werner; Jakob, Karl-Heinrich

Article — Digitized Version

Kurswechsel in der Kohlepolitik?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Jochimsen, Reimut; Miegel, Meindhard; Meyer, Heinz-Werner; Jakob, Karl-Heinrich (1987) : Kurswechsel in der Kohlepolitik?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 67, Iss. 6, pp. 275-286

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136284>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kurswechsel in der Kohlepolitik?

Dollarkursverfall und sinkende Energiepreise auf dem Weltmarkt haben in den letzten Jahren den Subventionsbedarf des deutschen Steinkohlenbergbaus wieder stark steigen lassen. Damit hat sich, auch vor dem Hintergrund der drängender werdenden Forderungen nach einem allgemeinen Subventionsabbau, die Diskussion über die Zukunft dieses Wirtschaftszweiges erneut zugespitzt. Ist eine Revision der Kohlepolitik überfällig, oder gibt es stichhaltige Gründe, die deutsche Steinkohle auch zukünftig im heutigen Umfang und mit den heutigen Instrumenten zu unterstützen?

Reimut Jochimsen

Es gibt keine Alternative zur bisherigen Kohlepolitik

Die Forderung nach einem Kurswechsel in der Kohlepolitik ist nicht neu, es hat sie immer wieder gegeben. So steht die Kohlepolitik seit ihren Anfängen 1966 in der Kritik. Dabei wurde diese Kritik immer dann besonders laut, wenn Primärenergieträger am Weltmarkt billig und im Überfluß zu haben waren; ebenso wurde sie aber leiser in den Zeiten, in denen Energie knapp und teuer wurde. Zeitweise, wie nach der zweiten Ölpreiskrise, ist sie sogar nicht nur ganz verstummt, sondern die Kohlepolitik wurde vielmehr von allen Seiten als Erfolg einer sinnvollen, weil weit vorausschauenden Wirtschaftspolitik gefeiert. Dies ist heute, in einer Zeit momentaner Energieüberangebote nicht falscher oder richtiger geworden.

Die Wechselbäder in der öffentlichen Meinung, die die Kohlepolitik erfährt, sind systemimmanent; ich halte sie für ganz normal. Kohlepolitik ist vom Ansatz her erst einmal jedem marktwirtschaftlich Denkendem fremd, mit ihr werden die Marktkräfte in Teilbereichen so au-

ßer Kraft gesetzt, daß die heimische Steinkohle absatzfähig gegenüber potentiellen Konkurrenten bleibt. Schon ihrer Anlage nach gehört sie zu jenen Vorsorgemaßnahmen des Staates, die er ohne Rücksicht auf die Regeln des Marktes ergreifen muß, um möglichen Beschädigungen des Staatswesens vorzubeugen oder diese zumindest wirkungsvoll zu lindern.

Kohlepolitik ist deshalb von meinem Verständnis her allein politisch begründbar, sie muß politisch definiert, getragen und durchgeführt, nötigenfalls auch durchgesetzt werden. Allein die wechselvolle Einschätzung der Bedeutung und Wirkung der Kohlepolitik durch den Sachverständigenrat im letzten Jahrzehnt bestätigt diese Auffassung.

Kohlepolitik kann andererseits nicht einäugig betrieben werden, sie muß sich einfügen in die korrespondierenden Politikbereiche: Sie ist tragender Bestandteil der Energiepolitik, ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Wirkungen zeigen sich allenthalben. Ein Kurswechsel

in der Kohlepolitik müßte bundesweit schwerwiegende Folgen haben.

Energiesicherungspolitik

Welche Gründe waren es denn, die die Bundesregierung seit Ende der 60er Jahre veranlaßt haben, Kohlepolitik vorrangig mit dem Ziel zu betreiben, die heimische Lagerstätten optimal zu nutzen, ihren Bestand langfristig zu sichern? Warum sind denn alle Bundes- und Landesregierungen bisher bereit gewesen, angesichts der durch die Lagerstättenverhältnisse bedingten Kosten Nachteile gegenüber vielen anderen Bergbaugebieten in der Welt dem deutschen Steinkohlenbergbau langfristige Zusagen auf finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand zu machen?

Grundlage hierfür ist die Erkenntnis, daß die Bundesrepublik als ein hochindustrialisiertes Land auf eine stets ausreichende Energieversorgung angewiesen ist. Energie ist als Produktionsfaktor nicht substituierbar, sie ist zugleich notwendige Lebensgrundlage. Deshalb ist die

Sicherung der Energieversorgung eine gesamtstaatliche Aufgabe von hohem Rang. Daß es sich über den richtigen Weg dahin trefflich streiten läßt, versteht sich bei einem derart komplexen System wie dem Energiemarkt von selbst.

Es gibt in der Welt die verschiedensten Ansätze zu einer Energiesicherungspolitik; jeder Staat hat dabei von seinen Ressourcen und seiner Wirtschaftsstruktur her unterschiedliche Ansatzpunkte und Möglichkeiten.

Die Bundesrepublik hat sich dazu entschlossen, neben der Krisenbevorratung, die wie beim Öl ja nur kurzfristig greifen kann, die heimischen Energieressourcen zur langfristigen Deckung eines Teils ihres Energiebedarfs zu nutzen. Während das Potential an Wasserkraft und die Öl- und Erdgasvorräte in unserem Land eher bescheiden sind, liegen bei uns reiche Braunkohle- und Steinkohlelagerstätten, deren Vorräte zur Versorgung vieler Generationen reichen. Die heimische Kohle ist deshalb für die Bundesrepublik Deutschland die einzige krisenfesteste Energie, mit der ein beachtlicher Versorgungsbeitrag auf Dauer geleistet werden kann. Sie zu erhalten, ihren Fortbestand langfristig zu sichern, ist Aufgabe und Ziel der Kohlepolitik.

Wer diese Politik aufgeben will, muß zugleich sagen, welche Entwicklung in den letzten Jahren der Anlaß dafür sein soll, daß es keine neuen krisenhaften Situationen auf den Energiemärkten mehr geben wird. Er muß belegen, daß die politischen und ökonomischen Risiken bei der Energiedarbietung in der Welt, wie wir sie noch bis vor kurzem kennengelernt haben, verlorengegangen sind, und warum wir uns heute in der Sicherheit wiegen könnten, Primärenergieträger würden in der Zukunft je nach Bedarf in ausreichendem und bezahlbarem Um-

fang auf den Weltmärkten zu kaufen sein.

Phase des Energieüberschusses

Es ist richtig, wir leben momentan in der Phase eines weltweiten Energieüberangebots, vielleicht ist dies auch mit ein Erfolg unserer Energiepolitik. Trotzdem hat die Bundesrepublik Deutschland auf die Entwicklung im weltweiten Energiegeschäft nur einen geringen Einfluß, sie muß Veränderungen letztlich so hinnehmen, wie sie sich dort einstellen. Und die Folgen des momentanen Energieüberflusses werden schon jetzt spürbar: Scheinbar unrentable Lagerstätten werden aufgegeben, Investitionen zur Erforschung und Erschließung neuer Lagerstätten rechnen sich nicht mehr, sie werden zurückgestellt, oder man verzichtet ganz auf sie. Rationelle Energieverwendung und Energieeinsparung werden weniger rentabel und deshalb hinausgeschoben, weil Ener-

gieverschwendung wieder leichter bezahlbar geworden ist.

Diese Situation ist für uns nicht neu, sie wiederholt sich nur. Die Folgen dieser Entwicklung werden auch nicht neu sein, wir kennen sie aus zwei Ölpreiskrisen, nur können wir nicht den Zeitpunkt für ihr Eintreten vorhersagen. Die Kohlepolitik und in ihrem Verbund die Politik des „weg vom Öl“ als Synonym für eine Energiepolitik, die sich soweit wie wirtschaftlich möglich aus der Abhängigkeit von Importenergieträgern lösen will, ist deshalb heute noch genauso richtig, wie sie es in den 70er Jahren gewesen ist. Es wäre schlechte Politik, wenn die augenblickliche Spekulation auf Energieniedrigstpreise um des kurzfristigen Vorteils willen zur Folge hätte, daß die mühselig aufgebauten Schutzwälle gegen die Energiepreisspekulationen wieder eingerissen würden und die Bundesrepublik erneut zum Spielball internationaler Energiepreisspekulationen werden würde.

Obwohl wir dies alles wissen, können wir nicht leugnen, daß die Chance, billige Energie zu bekommen und zur Senkung von Produktions- und Lebenshaltungskosten zu nutzen, faszinierend ist. Über 40 Mrd. DM weniger haben die Verbraucher in der Bundesrepublik 1986 für Energie ausgeben müssen. Preissteigerungen auf anderen Gebieten konnten durch die Energiepreissenkungen ausgeglichen werden. Trotzdem beklagen wir, daß mit dem Verfall der Preise bei den Importenergien die Subventionen für die heimische Steinkohle, d. h. der Bedarf beim Ausgleichsfonds des 3. Verstromungsgesetzes, gewachsen ist. Dies liegt aber in der Logik der Kohlepolitik, mit deren Hilfe die Nutzer der heimischen Energiequelle für ihren Verzicht auf Importenergien so gestellt werden, als ob sie statt heimischer Kohle Importkohle

Die Autoren
unseres
Zeitgesprächs:

Prof. Dr. Reimut Jochimsen, 53, ist Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen.

Dr. Meinhard Miegel, 48, ist Geschäftsführender Vorstand des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn.

Heinz-Werner Meyer, 54, ist Erster Vorsitzender der IG Bergbau und Energie.

Karl-Heinrich Jakob, 63, Bergassessor a.D., ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlenbergbaus.

bzw. Importöl einsetzen würden. Diese Regelung ist zwischen Staat und Steinkohleproduzenten bzw. -verbrauchern vertraglich oder gesetzlich fixiert worden mit den dafür notwendigen langen Laufzeiten.

Überhitzte Diskussion

Ich sehe wegen dieser Sachlage keinen Ansatzpunkt für einen Kurswechsel in der Kohlepolitik. Vielmehr sehe ich die Notwendigkeit der Risikostreuung. Deshalb muß die heimische Steinkohle innerhalb der Energiepolitik ihre vorrangige Bedeutung behalten. Allein der heimische Energieträger Kohle ermöglicht es, daß das energiepolitische Ziel einer langfristig sicheren und zuverlässig kalkulierbaren Energieerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland nicht zur Utopie wird. Diese Einschätzung mag in Zeiten

des Energieüberflusses übertrieben erscheinen, wir wissen aber, daß sie sich schon dann als unausweichliche Realität herausstellt, wenn sich Verknappungen am Weltenergiemarkt nur als möglich abzeichnen. Deshalb gibt es keine Alternative zu einer konsequenten und aktiv gestalteten Fortsetzung der bisherigen Kohlepolitik, wenn man den weiterhin bestehenden wirtschafts- und sozialpolitischen Anforderungen gerecht werden will. Die politischen Verantwortlichen dürfen nicht jenen Ratschlägen folgen, die – jeweils wie es die momentane Lage im Energiesektor opportun erscheinen läßt – die Steinkohle als wirtschaftshemmenden, schmutzigen und landschaftszerstörenden Energieträger oder als den Retter der Stabilität der Energieversorgung sehen.

Die in den letzten Monaten erneut aufgebrochene, überhitzt geführte Diskussion um die Zukunft der Steinkohle hat ein deutliches Zeichen dafür gesetzt, daß die tatsächlichen Probleme in der Energieversorgung mit heimischer Steinkohle außerhalb des tagespolitischen Geschehens liegen und auch dort gehalten werden müssen. Sie hat aber auch vor Augen geführt, daß gerade die heimische Steinkohle inmitten eines brisanten Spannungsfeldes radikaler Veränderungen unserer Industrielandschaft und der in ihr lebenden Gesellschaft steht. Auf der einen Seite findet ein tiefgreifender Strukturwandel bei den industriellen Produktionsprozessen mit besonderen Folgen für die Grundstoffindustrie statt, und auf der anderen Seite zeigt sich heute, daß die Art und Weise, wie unser Land indu-

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Hans-Hagen Härtel, Klaus Matthies, Muaffac Mously

ZUSAMMENHANG ZWISCHEN STRUKTURWANDEL UND UMWELT

Spezialuntersuchung 2 im Rahmen der HWWA-Strukturberichterstattung 1987

In der jetzt vorliegenden Arbeit, die im Auftrag des Bundeswirtschaftsministerium erstellt wurde, werden die Umweltwirkungen des Strukturwandels in der Bundesrepublik sowie die Auswirkungen von Maßnahmen des Umweltschutzes auf die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung und das Wachstum ausgewählter Wirtschaftszweige untersucht. Die Analyse erfolgt in zwei Kapiteln. Im Rahmen des ersten Kapitels wird der Frage nachgegangen, inwieweit der autonome Strukturwandel die Umweltbelastung beeinflusst. Im zweiten Kapitel wird untersucht, mit welchen gesamtwirtschaftlichen Kosten die Verschärfung der Umweltschutzpolitik verbunden ist, welche Strukturwirkungen zu erwarten sind und welche Anpassungsfriktionen, insbesondere hinsichtlich der Beschäftigung, in Rechnung zu stellen sind.

Großoktav, 260 Seiten, 1987, brosch. DM 59,-

ISBN 3-87895-326-7

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

stralisiert wurde, negative Folgen für Wirtschaftsstruktur und Umwelt hat. Strukturell bedingte Absatzprobleme und ihre sozialen Folgen sind die eigentlich brennenden Probleme, mit denen sich die Kohlewirtschaft auseinandersetzen muß. Diese zu lösen, wird schwer genug sein, hier noch zusätzlich etwas draufzusatteln, hieße, die Solidarität mit dem Bergbau vorsätzlich und wissentlich aufzukündigen.

Sicherung der Instrumente

Dazu brauchen wir nicht den Kurswechsel oder die Wende in der Kohlepolitik, sondern eher das Gegenteil. Wir brauchen eine Bestätigung ihrer politischen Rahmenbedingungen und die Sicherung ihrer Instrumente. Das heißt:

□ Die Verstromung heimischer Steinkohle muß weiterhin Ziel der Energiepolitik sein. Die im Jahrhundertvertrag vereinbarten Einsatzmengen sind einzuhalten. Sie müssen die Basis für einen Nachfolgevertrag bilden.

□ In der Verhüttung wird heimische Steinkohle bedarfsdeckend eingesetzt. Auch für die Koks Kohlenexporte in die EG wird entsprechend den getroffenen Vereinbarungen für eine Übergangszeit ein Ausgleich zwischen kostendeckendem Preis und Weltmarktpreis gewährt. Ihr Abbau darf nur in dem Maße erfolgen, wie dies sozialverträglich und beschäftigungspolitisch möglich ist.

□ Die an sich schon schwere Position der heimischen Steinkohle im

Wärmemarkt darf nicht zusätzlich belastet werden, damit sie ihre mühsam erworbene Position wenigstens verteidigen kann. Eine Aufhebung des Verdrängungsgebotes für Importkohle gegenüber Öl und Gas würde dies alles zunichte machen.

Es gibt keinen anderen Weg, als die aktuellen Schwierigkeiten im Rahmen der Kohle-Vorrang-Politik zu lösen, an ihr vorbei oder gar gegen sie wird es garantiert nicht gehen. Denn allein der Erfolg dieser Politik wird den künftigen Deckungsbeitrag der heimischen Steinkohle bestimmen und damit über die Nutzung der mit der Kohle verbundenen Chancen für die künftige Energieversorgung entscheiden.

Meinhard Miegel

Steinkohlesubventionen: Es fehlt eine schlüssige Begründung

Art und Umfang, in der sich in der Bundesrepublik Deutschland staatliche Wirtschaftssubventionen entwickeln, sind mit der sozialen Marktwirtschaft unvereinbar. Das gilt nicht nur für den quantitativen Anstieg des staatlichen Subventionsaufwandes. Das gilt vor allem auch für die faktische Umkehr des Begründungszwanges bei der Gewährung von Subventionen. Während nach den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft Wirtschaftssubventionen als strikte Ausnahmetatbestände schlüssig zu begründen sind, verfährt die politische Praxis nach der Maxime: Wer nach den Gründen einer Subvention fragt, stört den sozialen Frieden und hat sich hierfür zu verantworten.

Diese politische Praxis tritt zur Zeit wieder einmal sehr eindrucks-

voll bei der Diskussion über die Kohlesubventionen zutage. Zweifel an der Begründbarkeit dieser Subventionen werden stereotyp als „verantwortungslos“, „sozial unerträglich“ und „instinktlos“ gebrandmarkt. Die Verteidiger dieser Subventionen werden hingegen verbreitet als „politisch“ und „sozial“ angesehen. Kohlesubventionen, so heißt es, seien einer „wissenschaftlichen“, sprich „rationalen“ Nachprüfung nicht zugänglich. Wenn überhaupt, wird vage auf beschäftigungs- und regional- sowie versorgungspolitische Gesichtspunkte verwiesen, die allerdings, mangels fehlender Konkretisierung, nur schwer nachprüfbar sind.

Mit seiner Schrift „Kurswechsel in der Kohlepolitik?“ hat das IWG BONN im Grunde nur die marktwirt-

schaftlich gebotene Begründung für den steuerlichen Milliardenaufwand im Steinkohlenbergbau nachgefragt und dargetan, was geschehen müsse, wenn es diese Begründung nicht geben sollte. Das Ergebnis: Die Betroffenen verwahrten sich energisch gegen die Konsequenzen fehlender Begründbarkeit, das heißt gegen jede Form des Subventionsentzuges, versuchten aber kaum, diese Subventionen überzeugend zu rechtfertigen. Was von den Verteidigern der Kohlesubventionen zu hören war, ging nicht über das hinaus, was von der Wissenschaft und Praxis schon seit langem als nicht tragfähig erkannt worden ist.

Vor allem die beschäftigungs- und regionalpolitischen Argumente enthalten nichts Kohlespezifisches,

soll heißen, sie könnten mit der gleichen und oft sogar mit größerer Plausibilität von vielen anderen Wirtschaftszweigen und Unternehmen geltend gemacht werden. Natürlich wirft die Schließung einer Kohlegrube erhebliche beschäftigungs- und regionalpolitische Probleme auf. Mindestens ebenso große Probleme entstehen aber unter Umständen bei der Schließung eines Sägewerkes im Bayerischen Wald oder eines Bauunternehmens in Friesland. Wollte der Staat in allen diesen Fällen wettbewerbsunfähige Arbeitsplätze jahre- und jahrzehntelang durch Subventionen stützen, wären wirtschaftliche Stagnation und Niedergang nicht nur der betroffenen Regionen, sondern letztlich der gesamten Bundesrepublik unausweichlich.

Eine privilegierte Stellung

Unter beschäftigungs- und regionalpolitischen Aspekten genießt deshalb der deutsche Steinkohlenbergbau schon seit Jahrzehnten eine privilegierte Stellung. Ihm ist es gelungen, seine strukturellen Anpassungsprobleme zu einem Politikum, also zu einer öffentlichen Angelegenheit zu machen. Was die Bauwirtschaft, die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Mineralölwirtschaft und viele andere in eigener Regie bewältigen mußten (und bewältigen!), hat der Steinkohlenbergbau zu einem erheblichen Teil auf die Öffentlichkeit abgewälzt. Solange der jeweils zuständige Minister verkündet, während seiner Amtszeit werde kein Bergmann entlassen werden, befindet sich der deutsche Steinkohlenbergbau außerhalb der Marktwirtschaft. Denn gleiche Zusicherungen werden anderen Arbeitnehmern nicht gegeben und können auch gar nicht gegeben werden.

Dieser Sonderstatus könnte allenfalls durch versorgungspoliti-

sche Argumente gerechtfertigt werden, zu denen denn auch die Verteidiger der heutigen Steinkohlesubventionen rasch Zuflucht nehmen, wenn ihre beschäftigungs- und regionalpolitischen Positionen keinen Halt mehr geben. Dabei reicht es freilich nicht aus, nur darauf zu verweisen, die Aufrechterhaltung des deutschen Steinkohlenbergbaus erhöhe die Versorgungssicherheit der Bundesrepublik. Denn dieses Argument ist wiederum nicht kohlespezifisch. Vielmehr können viele, um nicht zu sagen alle Wirtschaftszweige den gleichen Anspruch erheben. Irgendwie ist es immer besser, die Produktion von Gütern im eigenen Land zu haben und von Importen unabhängig zu sein. Nationale Autarkie war lange ein Traum.

Doch dieser Traum ist ausgeträumt. Ein Land wie die Bundesrepublik ist heute von Dutzenden von Produkten existentiell abhängig, ohne sie im eigenen Land bereitstellen zu können oder auch nur zu wollen. Als führende Welthandelsnation ist sie mit vielen Ländern existentiell vernetzt, wie diese mit ihr vernetzt und von ihr abhängig sind. Auch hier gilt deshalb: Wollte sich die Bundesrepublik in allen für sie existentiellen Bereichen auch nur notdürftig sichern, würde sie sich wirtschaftlich lähmen und ihren Niedergang programmieren. Die Abschottung eines Wirtschaftszweigs vom Welthandel bedarf deshalb wirklich singulärer Gründe.

Solche Gründe sind nach Auffassung des IWG BONN bisher für den Steinkohlenbergbau nicht vorgetragen worden. Was an Argumenten in Sachen Versorgungssicherheit vorliegt, erschöpft sich in Gemeinplätzen. Weitgehend ungeklärt sind hingegen alle etwas konkreteren Fragen. Wogegen soll beispielsweise die Subvention des heimischen Steinkohlenbergbaus schützen? Gegen langfristige Mengen- und/oder Qualitätsengpässe, politische

Interventionen, steigende Preise, temporäre Lieferunterbrechungen oder was sonst? Völlig unklar ist, wie wahrscheinlich der Eintritt dieser oder einer dieser Gefahren erachtet wird. Es gibt keine rational nachprüfbare Risikoeinschätzung, Grundlage jeder rational nachprüfbaren Sicherheitspolitik.

Wenig überzeugende Argumente

Niemand vermag zu sagen, wie die Versorgungsrisiken im Bereich der Steinkohle, sollten sie denn bestehen, gegen andere mögliche Gefährdungen der Bundesrepublik abgewogen werden. Es wäre ja durchaus möglich, daß die Bundesrepublik noch größeren Risiken als zum Beispiel einer temporären Unterbrechung der Kohleneinfuhr ausgesetzt ist, und es wäre ferner möglich, daß gegen diese Risiken nichts unternommen wird, nicht zuletzt deshalb, weil es hierfür an den erforderlichen Mitteln fehlt. Wie sieht es zum Beispiel bei unserer internationalen Abhängigkeit in den Bereichen Forschung und Entwicklung aus?

Ungeklärt ist, welche möglichen Folgen der Eintritt eines solchen Versorgungsrisikos hätte. Es gibt kein fundiertes Krisenszenario. Ungeklärt ist, wie sich die Kosten eines Schadensfalles zu den Kosten der dauerhaften Subventionierung verhalten. Der vielleicht entscheidende Mangel der Sicherheitsargumentation ist jedoch, daß nirgendwo die Frage schlüssig beantwortet ist, wieviel heimische Steinkohle denn nun dauerhaft subventioniert werden muß, um die Versorgungssicherheit der Bundesrepublik jetzt und in Zukunft zu gewährleisten.

Die Antwort, die auf letztere Frage gegeben wird, ist unbefriedigend. Sie lautet auf den Punkt gebracht: Die Versorgungssicherheit der Bundesrepublik ist gewährleistet, wenn der Kokskohlenbedarf der Stahlindustrie gedeckt und etwa

30 % des Strombedarfs aus deutscher Steinkohle gewonnen werden kann. Sollte in diesen Bereichen die Nachfrage sinken, dann kann nach der Logik dieser Argumentation auch die Steinkohlenförderung zurückgehen. Diese Logik vermag nicht zu überzeugen. Wenn das die energiepolitische Sicherheitsdefinition für die Bundesrepublik sein soll, dann gibt es unschwer preisgünstigere Konzepte, unserem Sicherheitsbedürfnis gerecht zu werden.

Da alle diese Fragen ungeklärt sind, möchte das IWG BONN mit seiner oben erwähnten Schrift in erster Linie anregen, ein zwingendes Konzept der Versorgungssicherheit zu entwickeln. Sollte sich in diesem Konzept die Subvention des Steinkohlenbergbaus als unverzichtbarer Bestandteil erweisen, wäre sie mit den Grundsätzen der sozialen

Marktwirtschaft vereinbar. Allerdings auch nur dann. Anderenfalls müßte der deutsche Steinkohlenbergbau in einem überschaubaren Zeitraum auf seine wettbewerbsfähigen Teile zurückgeführt werden.

Diese Rückführung wäre aus der Sicht des IWG in einem Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren relativ problemlos möglich, wobei der Begriff „relativ“ sicher besonders zu unterstreichen ist. Dennoch: Bei einer Rückführung des deutschen Steinkohlenbergbaus im genannten Zeitraum wäre es möglich, den Beschäftigungsabbau im wesentlichen im Rahmen der natürlichen Fluktuation zu halten. Der Steinkohlenbergbau würde also gegenüber anderen Wirtschaftszweigen zweiter privilegiert. Das sollte nicht vergessen werden. Doch wie immer das Rückführungskonzept aussieht: Entscheidend ist, daß alle Beteiligten

schnellstens erfahren, wie es mit dem Steinkohlenbergbau weitergehen soll. Die derzeitige Unsicherheit ist weder den Steuerzahlern noch den Unternehmen noch den Beschäftigten zumutbar.

Mehr Nachdenklichkeit

Daß der Steinkohlenbergbau nicht wie bisher weitergeführt werden kann, ist nicht erst seit den Äußerungen Bangemanns zu diesem Thema klar. So erklärte der Vorsitzende des Sachverständigenrats, Professor Schneider, kürzlich: „Die Schließung weiterer Zechen ist unvermeidlich ... Schmerzliche Einschnitte bei der Kohle sind nicht zu verhindern.“ Die Internationale Energieagentur drängt: „Die Bundesregierung sollte die Rationalisierung des deutschen Steinkohlenbergbaus durch den Abbau von Subventionen beschleunigen mit dem langfristigen Ziel, die Hinder-

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Dieter Lösch

SOZIALISTISCHE WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT

Die Wirtschaftstheorie im Sozialismus und ihre Relevanz für die Wirtschaftspolitik

Während es zahlreiche Arbeiten über das Wirtschaftssystem des real existierenden Sozialismus im Westen gibt, ist über die Wirtschaftswissenschaft in den sozialistischen Ländern, die ja neben ideologischen und politischen Faktoren zweifellos das System mitgeprägt hat, hierzulande wenig bekannt. Diese Lücke versucht die vorliegende Arbeit zu schließen. Sie stellt die von Wissenschaftlern in sozialistischen Ländern während der letzten dreißig Jahre erarbeiteten Elemente einer analytisch-sozialtechnologisch orientierten ökonomischen Theorie des Sozialismus in großen Zügen dar und untersucht, inwieweit diese ökonomische Theorie in der Vergangenheit einen Einfluß auf die praktische Wirtschaftspolitik der sozialistischen Länder hatte.

Großoktav, 400 Seiten, 1987, brosch. DM 54,-

ISBN 3-87895-324-0

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

nisse für den Kohlenhandel zu beseitigen ... Die Bundesregierung soll die Verfügbarkeit von Kohle auf dem Weltmarkt dazu nutzen, bei der Überprüfung der Verträge über die einheimische Kohlenförderung die Subventionierung der für die Eisen- und Stahlindustrie sowie die Elektrizitätswirtschaft bestimmten Kohle zu verringern.“ Und auch das

HWWA weist kritisch darauf hin, daß die Abschirmung des Inlandsmarktes gegenüber der Importkohle „überaus hohe volkswirtschaftliche Kosten“ verursacht habe.

Diese Äußerungen signalisieren, daß trotz massiver wirtschaftlicher und politischer Widerstände eine gewisse Nachdenklichkeit in Sachen Steinkohlesubventionen ein-

gesetzt hat. Was die Ergebnisse dieser Nachdenklichkeit sein werden, ist derzeit noch nicht absehbar. Und noch weniger absehbar ist, ob mit dieser Nachdenklichkeit die Erosion der sozialen Marktwirtschaft wenigstens auf dem Gebiet der Subventionen zum Stillstand gebracht werden kann. Das ist vorerst nur zu hoffen.

Heinz-Werner Meyer

Die deutsche Steinkohle ist unverzichtbar

Die Diskussion um die zukünftige Gestaltung der Kohlepolitik, exakt Steinkohlepolitik, leidet unter einem generellen Mangel. Sie leidet darunter, nur als sektorale oder allenfalls regionale Wirtschaftspolitik diskutiert zu werden, deren Ergebnisse nur noch nach kurzfristigen fiskal- und beschäftigungspolitischen Kriterien bewertet werden. Eine solche Diskussion ist falsch und führt zu politischen Fehlentscheidungen, die dann allerdings auch fiskal-, beschäftigungs- und regionalpolitische Konsequenzen haben. Eine Diskussion auf dieser Ebene führt zur Austauschbarkeit der Politikbereiche. Statt über Kohlepolitik könnte nach diesem Bewertungsschema genauso über die Landwirtschaft, den Airbus, die Textilindustrie wie auch die Stahlindustrie, die Werften und andere krisengeschüttelte Branchen entschieden werden. Regional strukturiert ergäbe sich statt Ruhr, Saar und Aachen die Diskussion über die Küstenländer, den Bayerischen Wald, Ostfriesland, Ost-Westfalen und Nordhessen, auch Zonenrandgebiete, alles sogenannte strukturschwache Regionen.

Übersehen wird dabei, daß die Kohlepolitik zuallererst eine instrumentale Funktion zur Erreichung energiepolitischer Ziele zu erfüllen

hat und daß eine Entscheidung über Kohlepolitik demzufolge nur aus den Zielen der Energiepolitik abgeleitet werden kann.

Ziele der Energiepolitik entziehen sich der rein ökonomischen Bewertung nach kurzfristigen Marktkriterien. Sie sind Wertentscheidungen, die gesellschaftlich Gewolltes und Wünschenswertes konkretisieren. Für die deutsche Energiepolitik sind als solche Ziele genannt:

- Versorgungssicherheit
- Wirtschaftlichkeit
- Umweltverträglichkeit
- Betriebssicherheit

Die Beziehungen dieser Ziele untereinander sind zum Teil konkurrierend, sowohl kurzfristig als auch langfristig. So ist z. B. Erdgas, allein an Luftreinhaltkriterien gemessen, am Ort der Verbrennung weniger umweltbelastend als Steinkohle. Zugleich ist Erdgas der zweitknappste Energieträger der Welt. Die Förderung aus den nachgewiesenen Reserven kann weltweit in gleicher Höhe nur noch ungefähr 60 Jahre, in der EG sogar nur noch 21 Jahre betrieben werden.

Daran wird zugleich deutlich, daß der Markt nicht in der Lage ist, langfristige Ziele und Risiken zu opera-

tionalisieren. Das Instrument des Marktes, der Preis, taugt nur zur Reaktion auf kurzfristige und streng ökonomische Bedingungen. Ein Beispiel für die Funktionsweise des Marktes sind die derzeit extrem niedrigen Preise für Importenergie wie Öl, aber auch importierte Kohle und importiertes Erdgas. Diese Preise sind konsequenter Ausdruck eines bestehenden Angebotsüberhangs an den Weltenergiemärkten sowie – und selbst das wird häufig übersehen – eines Angebotsdrucks des amerikanischen Dollars und eines Nachfragesogs der D-Mark auf den internationalen Währungsmärkten. Die dahinterstehenden außerökonomischen Ziele und Risiken spiegelt der Preis nicht wider.

Über den Preis ist nicht zu erkennen, daß die OPEC versucht, mit allen Mitteln ihre marktbeherrschende Stellung wiederzuerlangen, die sie bis zum Anfang der achtziger Jahre innehatte. Es ist über den heutigen Preis auch nicht zu erkennen, daß in den Ländern der OPEC 68 % der weltweiten Erdölreserven liegen, in der EG dagegen nur 2,2 %. Ebenso ist nicht zu erkennen, daß 26 % der Welterdgasreserven im Nahen Osten und davon allein die Hälfte im Iran vorhanden sind, die Erdgasreserven

der EG einschließlich Norwegens nur 6,5% der Weltreserven betragen, die der UdSSR dagegen 43%.

Die gleichen Argumente, die aber nur beschränkt ökonomisch zu bewerten sind, gelten für den Weltkohlemarkt, der mehr und mehr zum Maßstab für die Leistungsfähigkeit des deutschen Steinkohlenbergbaus werden soll.

Kohle – Stein- und Braunkohle – ist anders als Erdöl und Erdgas weltweit reichlich vorhanden. Die gegenwärtige Reichdauer beträgt – statisch betrachtet – aus den derzeit bekannten und wirtschaftlich gewinnbaren Reserven 285 Jahre, ist also mehr als 8mal so hoch wie die aus den Erdölreserven und 5mal so hoch wie die aus den bekannten Erdgasreserven. Die Kohlereserven in der EG liegen bei 11% der Weltreserven und ermöglichen ein Aufrechterhalten der derzeitigen Förderung über 332 Jahre, die Ölreserven reichen EG-weit noch 14 Jahre, die bekannten Erdgasreserven noch 21 Jahre. Außerhalb der EG gibt es 14 bedeutende Erdöl- und 11 bedeutende Erdgasförderer, aber nur vier Länder, die mehr Steinkohle produzieren als in der EG gefördert wird. Betrachtet man die Steinkohlenimporte in die Bundesrepublik Deutschland, wird die Enge des Marktes deutlich. 1985 wurden 9,3 Mill. t Koks und Kohle in die Bundesrepublik Deutschland von außerhalb der EG eingeführt, davon stammen 72,5% aus nur zwei Ländern, nämlich aus Südafrika und Polen.

Risiken und ihre Bewertung

Solche Abhängigkeiten sind außerökonomisch zu bewerten. Wer garantiert, ganz abgesehen von humanitären Fragen, die damit aufs engste verknüpft sind, die innenpolitische Stabilität Südafrikas vor dem Hintergrund der Erfahrungen etwa im Iran, dessen Erdölproduktion aufgrund der Entmachtung der

Schah-Diktatur auf ein Viertel der Vorjahreswerte in der Revolutionsphase sank und bis heute nur knapp 40% dieser Werte wieder erreicht hat?! Auch Polen als für die Bundesrepublik zweitwichtigstes Lieferland hat seine Exporte 1981 nahezu halbiert und monatelang fast vollständig eingestellt, als die innenpolitischen Turbulenzen ihren Höhepunkt erreichten und letztlich im sogenannten Kriegsrecht endeten.

Ökonomisch zu bewerten ist die Tatsache, daß Südafrika wie auch Polen gezwungen sind, Devisen aus dem Kohlenexport zu erwirtschaften – ohne Rücksicht darauf, daß die erzielten Einnahmen häufig nicht ausreichen, dringend erforderliche Kapazitätsentwicklung und Lagerstättenpflege zu betreiben – und damit andere Länder wie die USA und Kanada in genau diese Situation treiben, die unweigerlich angesichts der Vorlaufzeiten, denen der Bergbau überall unterworfen ist, zu einem Angebotsloch führen wird. Daß Exploration und Lagerstättenaufschluß weltweit für Erdöl und Erdgas bei den derzeit niedrigen Preisen ebenfalls zurückgestellt sind und das Angebotsloch so vergrößern werden, gehört ebenfalls in dieses Bild.

In der Konsequenz führt dies zu dem politischen Ziel der Versorgungssicherheit, das die genannten Risiken bewertet. Versorgungssicherheit hat deshalb einen hohen Rang, weil die stets sichere und zuverlässige Versorgung von Menschen und Betrieben mit Energie unabdingbar für das Funktionieren unserer Industriegesellschaft ist. Energiepolitik ist deshalb Bestandteil gesamtstaatlicher Daseinsvorsorge und nicht vergleichbar mit den Einfuhr Risiken in einzelnen Teilbereichen der Volkswirtschaft.

Um Versorgungssicherheit zu erreichen, hat die Energiepolitik

schon vor und gezielt nach der ersten Ölpreiskrise zwei Wege eingeschlagen. Zum einen wurde der Versuch unternommen, die Importe von Energieträgern stärker zu diversifizieren, und zwar sowohl der Quelle als auch der Art nach – statt Erdöl Kohle, Erdgas und Uran und statt Erdöl aus den OPEC-Bereichen nun Öl aus Westeuropa.

Ziele und Instrumente

Zum anderen wurde erkannt und anerkannt, daß der deutsche Steinkohlenbergbau und der deutsche Braunkohlenbergbau zur Sicherung der Versorgung mit Energie besondere Bedeutung besitzen, die dazu noch erhebliche allgemeine volkswirtschaftliche Effekte, wie den Beitrag zur inländischen Wertschöpfung und Beschäftigung sowie zur exportträchtigen Stabilisierung einer entsprechenden Mantelwirtschaft etwa im Maschinen- und Anlagenbau, auslösen.

Der deutsche Steinkohlenbergbau leistet derzeit einen Beitrag von rund 20% zum gesamten Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik, die deutsche Braunkohle von rund 9%. In der öffentlichen Stromerzeugung liegt der Beitrag der Steinkohle bei ungefähr 31% und der der Braunkohle bei circa 23%. Die deutsche Stahlindustrie wird zu fast 100% vom heimischen Steinkohlenbergbau versorgt und damit vom Versorgungsrisiko entlastet.

Um diese Sicherheitsgrade erreichen zu können, die aus der politischen Zielentscheidung abgeleitet sind, sind bestimmte Instrumente entwickelt worden. In der Elektrizitätserzeugung wird deutsche Steinkohle auf der Grundlage eines Vertrages zwischen Steinkohlenbergbau und Elektrizitätswirtschaft, der in der jetzt geltenden Fassung noch bis 1995 läuft, eingesetzt. Um Fehl-

allokationen zu vermeiden, erhalten die Elektrizitätserzeuger, die deutsche Steinkohle einsetzen, dann, wenn konkurrierende Möglichkeiten, Strom zu erzeugen, also etwa solche aus Öl, Gas oder Importkohle, preiswerter sind, einen mengen- und z. T. auch höhenbegrenzten Ausgleich für Mehrkosten beim Einsatz deutscher Steinkohle. Dieser als prozentualer Aufschlag auf die Strompreise für die gesamte Stromerzeugung erhobene sogenannte „Kohlepfennig“ verhindert – gewollt und zielgerichtet – den Einsatz unerwünschter, weil versorgungsunsicherer Energieträger zur Stromerzeugung. Da der Ausgleichsbedarf immer dann steigt, wenn die Begehrlichkeit nach solchem unerwünschten Energieträger aufgrund niedriger Preise

wächst, hat der Preissturz des Erdöls im Verlauf des Jahres 1986 zu einem steigenden Mittelvolumen geführt – nachdem der Preisausgleich gegenüber dem schweren Heizöl als Konkurrenzenergie seit 1981 bis einschließlich 1985 aufgrund der höheren Heizölpreise gegenüber der dann preiswerten deutschen Steinkohle praktisch bedeutungslos geworden war, was sich in stetig sinkenden Sätzen für die Ausgleichsabgabe deutlich erkennbar niederschlug.

Eine Fehlentscheidung

Die politische Fehlentscheidung des vergangenen Jahres, die Ausgleichsabgabe nicht ab 1. Juni 1986 auf einen Betrag anzuheben, der

dem steigenden Bedarf entsprach, sondern durch eine nach politischen Opportunitäten ausgerichtete Entscheidung auf einen zu geringen Satz, der aber allein in der Amtshoheit des Bundeswirtschaftsministers und nicht nach einer – im Mai 1986 wohl unerwünschten – Diskussion im Deutschen Bundestag entschieden werden konnte, gefährden das Instrument und damit das gewollte Ziel. Das Fatale daran ist, daß nur über das Instrument und nicht über das Ziel diskutiert wird, sonst wäre folgender Zusammenhang deutlicher: Im Jahr 1986 ist die Energierechnung der Bundesrepublik Deutschland aufgrund des gesunkenen Ölpreises um 44 Mrd. DM niedriger ausgefallen. Der entsprechende Betrag wurde von den Verbrauchern eingespart und hat im

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Christian Langer

PRODUKTIONSVERFLECHTUNG IN DER EG

– Ein interregionales Input-Output-Modell –

Die vorliegende Studie befaßt sich mit der Schätzung einer interregionalen Input-Output-Tabelle für sieben EG-Länder und 13 Wirtschaftszweige. Die Studie erläutert den Schätzansatz, gibt eine Kritik der verwendeten Daten, beschreibt und vergleicht eine Reihe alternativer interregionaler Input-Output-Modelle und gibt einen Überblick über Größenordnung und Variation der Koeffizienten. Anhand der inversen Koeffizienten und der Produktions-Nachfrage-Elastizitäten werden die Interdependenzen zwischen den EG-Ländern analysiert.

DIN A4, 401 Seiten, 1987, brosch. DM 72,-

ISBN 3-87895-329-1

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H – H A M B U R G

wesentlichen den Konjunkturimpuls verursacht, der als Anstieg der Inlandsnachfrage Wachstumsträger der deutschen Volkswirtschaft 1986 wurde. Nur 10 % dieses Betrages und damit ein geringfügiger Teil der gesamten Ersparnis würden ausreichen, um die Sicherheitsfunktion des deutschen Steinkohlenbergbaus zu erhalten.

Daß die Aufgabe von wesentlichen Teilen des deutschen Stein-

kohlenbergbaus zu Preisreaktionen auch bei der Importkohle führen würde, wird deutlich, wenn man bedenkt, daß ohne die Förderung des deutschen Steinkohlenbergbaus der Weltkohlemarkt um ein Viertel wachsen müßte, um den gestiegenen Bedarf zu decken. Ob die sich dann einstellende Differenz zwischen dem dann entstehenden Preis für Importkohle und dem seit drei Jahren real konstanten Preis für deutsche Steinkohle auch ausrei-

chen würde, um allein die entstehende Arbeitslosigkeit zu finanzieren, ist fraglich.

Die seit 1973/74 entstandene Energieversorgungsstruktur bietet eine bedeutende Sicherheit gegen Versorgungsstörungen von außen. Angesichts der weiter bestehenden und wachsenden Versorgungsrisiken auf den Weltmärkten darf deshalb auf den deutschen Steinkohlenbergbau nicht verzichtet werden.

Karl-Heinrich Jakob

Kohlepolitik ist Energiesicherungspolitik

Die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland ist zu rund 60 % von Importenergien abhängig. Aller Voraussicht nach kann diese Importquote in absehbarer Zukunft nicht vermindert werden. Viel eher ist mit einem Anstieg zu rechnen. Zwar ist die Bundesrepublik bei vielen Gütern und Rohstoffen von Importen abhängig, bei manchen sogar zu 100 %. Im Unterschied zu anderen Gütern und Rohstoffen ist Energie aber für ein hochindustrialisiertes Land und bei den hier herrschenden klimatischen Verhältnissen weder kurz- noch längerfristig verzichtbar oder zu ersetzen. Eine stets ausreichende Energieversorgung kann zur Überlebensfrage werden. Diese Besonderheit begründet den hohen Rang der Energiesicherungspolitik.

Das Selbstverständnis des Kohlenbergbaus in der Bundesrepublik besteht spätestens seit der ersten Ölkrise 1973/74 darin, einen Sicherheitssockel zur Abwehr politischer und ökonomischer Risiken der Energieversorgung zu bilden. In die-

sem Selbstverständnis wurde er durch die Energiepolitik aller bisherigen Bundesregierungen unterstützt. Diese Sichtweise geht über kurzfristige mengenmäßige Betrachtungen weit hinaus. Denn kurzfristige Unterbrechungen der Energieeinfuhren wären möglicherweise durch eine ausreichende Krisenvorratung, wie sie mit der Erdölbevorratung, mit der Nationalen Steinkohlenreserve und beim Uran praktiziert wird, beherrschbar. Es geht vielmehr darum, durch ein Maßnahmenbündel, das die Diversifizierung der ausländischen Energiebezugsquellen und eine angemessene Nutzung der heimischen Vorräte mit einbezieht, den langfristig erwartbaren oder denkbaren ökonomischen und politischen Entwicklungen der Energieversorgung Rechnung zu tragen.

Daß dabei Risiken bestehen, zeigen die Erfahrungen zweier Ölkrisen und die fortdauernden kriegerischen Ereignisse im Persischen Golf. Das langfristige Risikopo-

tential für die von Öl und Gas abhängige Energieversorgung der westlichen Industrieländer ist nach wie vor darin begründet, daß drei Viertel der wirtschaftlich gewinnbaren Weltvorräte an Mineralöl und Erdgas in der Hand der OPEC-Länder und des Ostblocks liegen. Damit sind sie dem freien Handel und einem funktionierenden Wettbewerb wohl auf Dauer entzogen. Dieses Grundmotiv für eine Energiesicherungspolitik besteht unabhängig davon, in welchem Ausmaß die erwartete Zunahme des Weltenergieverbrauchs eintritt. Die westlichen Industrieländer verfügen nur bei Kohle über langfristig bedeutende Energievorräte, decken aber ihren Bedarf zu annähernd zwei Drittel aus Mineralöl und Erdgas.

Diese Begründung für die seit der ersten Ölkrise bei uns verfolgte Kohlepolitik ist angesichts der gegenwärtig reichlichen Energieversorgung zu Billigpreisen etwas aus dem Blickfeld gerückt. Wenn auch allgemeines Einvernehmen darüber zu bestehen scheint, die Öl-

und Gasabhängigkeit unserer Energieversorgung insgesamt zumindest längerfristig nicht weiter zu erhöhen, mehren sich die Forderungen, die der Importkohle einen höheren Anteil zu Lasten der inländischen Steinkohle einräumen wollen.

Risiken von Importkohle

Nun ist die Importkohle zweifellos in ihrer mengenmäßigen Verfügbarkeit sicherer einzuschätzen als Öl und Gas. Einer Substitution von Öl und Gas durch Importkohle wäre aus dieser Sicht der Vorzug vor einer Verdrängung der heimischen Kohle einzuräumen, denn gleich welcher Provenienz ist sie auch unkalkulierbarer als deutsche Kohle. Dafür sprechen folgende Gründe:

Kohle wird ganz überwiegend in den jeweiligen Förderländern verbraucht, gemessen an der Weltkohlenförderung werden weniger als 10% weltweit gehandelt. Temporäre Marktausfälle sind bei dieser Struktur und der geringen Anzahl der Marktteilnehmer jederzeit möglich. Allein in den 80er Jahren haben die politischen Entwicklungen in Polen und Streiks in den USA oder Australien dies wiederholt verdeutlicht. Auch angesichts der explosiven politischen Lage in Südafrika muß ein neues kurzfristiges Marktungleichgewicht jederzeit einkalkuliert werden.

Gravierender wären die Auswirkungen einer Störung auf dem Weltölmarkt für den Weltkohlemarkt. Die Förderländer würden dann mit hoher Wahrscheinlichkeit dem Verbrauch von Kohle im eigenen Land vor dem Export Vorrang einräumen.

Selbst wenn man ernsthafte und länger anhaltende mengenmäßige Unterbrechungen der Kohleeinfuhren nur für den Fall kriegerischer Auseinandersetzungen auf den Weltmeeren befürchten müßte, blei-

ben die preismäßigen Risiken eine ernsthafte Gefahr für die Volks- und Weltwirtschaft. Zum einen zwingt das gegenwärtige Tief der Weltenergiepreise zum Raubbau an den besten und kostengünstigsten Lagerstätten und zum Angebot unter Grenzkosten. Notwendige Investitionen unterbleiben. Damit ist der Keim für künftige Preissteigerungen zwangsläufig gelegt. Zum anderen besteht die Leitfunktion der Ölpreise auch bei einem Anziehen derselben, das von allen Experten über kurz oder lang wieder erwartet wird.

Die inländische Steinkohle ist an der Deckung unseres Primärenergieverbrauchs gegenwärtig mit knapp 20% und die Braunkohle mit 9% beteiligt. Die inländische Kohle könnte auch auf Dauer bei insgesamt voraussichtlich nur noch gering steigendem Energieverbrauch einen Sicherheitssockel von zusammen etwa 30% der Energieversorgung bilden. Im sensibelsten Bereich der Energieversorgung, der Stromversorgung, ist der Sicherheitsaspekt von noch größerer Bedeutung. Heute basieren 27% der Stromerzeugung auf inländischer Steinkohle, 21% auf Braunkohle und 4% auf Wasserkraft. Zusammen mit der Kernenergie decken diese Energieträger über 80% der Stromerzeugung. Damit ist die Stromerzeugung bei uns, gemessen am internationalen Maßstab, hervorragend ausgewogen strukturiert.

Politische Zielvorstellungen

Im Jahre 1983 ist wegen der strukturellen Entwicklung in der deutschen Stahlindustrie und in der der benachbarten EG-Staaten ein Kapazitätsabbau von 90 auf 80 Mill. t Jahresförderung eingeleitet worden. Dieser Prozeß, der mit mehreren Voll- und Teilstilllegungen von Bergwerken und dem Abbau von insgesamt 30 000 Arbeitsplätzen

verbunden ist, verläuft weiterhin planmäßig und aufgrund von Frühpensionierungen auch sozialverträglich. Das ändert nichts daran, daß einschließlich der mitbetroffenen Zulieferindustrien im Zuge dieser Maßnahmen insgesamt über 60 000 Arbeitsplätze wegfallen, davon 50 000 allein im Ruhrrevier. Das ist, gemessen an den 260 000 Arbeitslosen im Ruhrgebiet ein fühlbarer Verlust. Die 1983 angepeilte Jahresförderung von 80 Mill. t ist auf der Basis der damaligen energiewirtschaftlichen Daten als ein längerfristig absetzbares Produktionsniveau eingeschätzt worden. Dem damals bereits erwarteten weiteren strukturellen Lieferrückgang an die Stahlindustrie standen die im sogenannten Jahrhundertvertrag bereits vereinbarten steigenden Lieferungen an die Stromwirtschaft gegenüber.

Diese Zielvorstellung wird jetzt in der Folge des durch den Dollarkursverfall verstärkten Zusammenbruchs des Energiepreisniveaus zunehmend in Frage gestellt. Gleichzeitig regen sich wegen des sprunghaft gestiegenen Beihilfebedarfs zum Ausgleich der Wettbewerbsnachteile der deutschen Steinkohle verstärkt auch die Zweifel an der grundsätzlichen Rechtfertigung dieser Aufwendungen.

Energiepolitik darf sich aber wegen der langfristig unverändert gültigen Rahmenbedingungen nicht an den kurzfristigen Wetterwenden auf den Devisen- und Ölmärkten orientieren. Es ist falsch, die aus geologischen Gründen hohen, aber berechenbaren inländischen Förderkosten an den jeweils und vorübergehend günstigen Preisen auf den Weltmärkten zu messen.

Jetzt gilt es, den politischen Grundsatzbeschuß – zuletzt in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 18. 3. 1987 bekräftigt: „Wir wollen und werden auf die Kohle als einzige nennenswerte

Energiereserve nicht verzichten.“ – umzusetzen in eine möglichst weitgehende Stabilisierung des Steinkohlenbergbaus.

Langfristige Orientierung

Der Bergbau und seine Beschäftigten haben sich einvernehmlichen und unabänderlichen Anpassungen nie verschlossen. Immerhin sind seine Förderkapazitäten seit 1957, dem Beginn der damaligen Kohlenkrise, bis heute von über 150 Mill. t fast halbiert und die Zahl seiner Beschäftigten von 600 000 auf rund 160 000 zurückgeführt worden. Er brauchte und braucht dafür aber Ziele und Perspektiven, um bruchartige Entwicklungen zu vermeiden.

Die Förderkosten konnten in den letzten Jahren trotz des laufenden Anpassungsprogramms stabil gehalten werden. Der erhöhte Beihilfebedarf ist nicht durch Kostensteigerungen bei der deutschen Kohle, sondern allein durch den Verfall von Dollarkurs und Energiepreisniveau verursacht. Dem vorübergehend gestiegenen Beihilfebedarf in der Größenordnung von immerhin einigen Milliarden DM steht auf der anderen Seite eine Entlastung der gesamten Volkswirtschaft aus einer voraussichtlich ebenfalls nicht auf Dauer anhaltenden Energieverbilligung gegenüber, die eine Zehnerpotenz höher liegt.

Es wäre verhängnisvoll und nicht zu verantworten, die unter den gegebenen Bedingungen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik wichtige Funktion des Bergbaus als sicherer heimischer Energieversorger und Faustpfand gegen preispolitische Erpressung kurzfristigen länderpolitischen oder haushaltspolitischen Zielen unterzuordnen. Es wäre unverständlich, wenn innerhalb der weltweit und gerade auch in den Industrieländern aus guten Gründen von den nationalen Regierungen

geschützten und regulierten Energiemärkte ausgerechnet die Bundesrepublik als Land mit nennenswerten eigenen Kohlevorräten diese aus falsch verstandenen marktwirtschaftlichen Erwägungen aufgeben würde. Der Energiemarkt reagiert kurzfristig. Die Marktwirtschaft gibt keine Prämien für die langfristige Versorgungssicherheit, braucht sie aber für ihre Existenz. Diese Prämien muß die Energiepolitik garantieren.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat die Handlungsmaxime für die Energiepolitik in einer ähnlichen Situation wie heute im Jahre 1977 wie folgt formuliert: *„Die gegenwärtigen oder die erwarteten Energiepreise sind zu niedrig. Daß es sich so verhält, dafür spricht, daß die gegenwärtigen Energiepreise eher noch durch eine Marktsituation mit Überkapazitäten bestimmt sind, die künftigen Marktbedingungen sich in ihnen also nicht ausreichend niederschlagen. Wer das Problem so sieht, muß im Prinzip eintreten für eine – vorläufig künstliche – allgemeine Verteuerung der Energie. Der Weg wäre der einer Besteuerung von Energie. Die Ratio dieser Politik läge darin, rechtzeitig und allmählich eine Anpassung an künftige Marktbedingungen herbeizuführen. Die Volkswirtschaft auf weniger Energieverbrauch oder neue Energieträger umzustellen, ist möglich. Gefährlich ist, ihr zuzumuten, dies abrupt zu leisten.“*

Damals folgte bald die zweite Ölkrise, die die künftigen Marktbedingungen früher als erwartet deutlich machte und der gesamten Wirtschaft Wachstumsverluste bescherte, die ohne heimische Kohle weitaus größer ausgefallen wären, und die Subventionen auch rechnerisch voll rechtfertigte.

Bei der heute gegebenen regio-

nalwirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Lage wäre es zudem ein Trugschluß zu glauben, man könne die öffentlichen Haushalte durch weitere Fördereinschränkungen entlasten. Es wäre allenfalls eine Umschichtung bei steigender Gesamtbelastung zu erreichen. Dies gilt um so mehr, als die Möglichkeiten einer sozialverträglichen Reduzierung der Belegschaften nahezu ausgeschöpft sind und neue Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen und anderswo nicht zur Verfügung gestellt werden können – und dies in einem der kapitalkräftigsten Länder der Welt. Auf diese Weise wird das regionalwirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Argument zur Stütze des versorgungspolitischen.

Langfristig zählen jedoch hauptsächlich das Argument der Energiesicherung und der Hinweis auf die daraus abgeleitete energiepolitische Grundsatzentscheidung. Die bisherige Kohlepolitik und ihr Instrumentarium haben dem Bergbau sowohl ermöglicht, seine Sicherheitsfunktion zu erfüllen, als auch Anpassungen an strukturelle und unvermeidliche Entwicklungen des Energiebedarfs vorzunehmen. Eine Änderung der Kohlepolitik im Sinne eines Kurswechsels oder die Nichtanwendung des Instrumentariums könnten nur im Lichte einer geänderten politischen Grundsatzentscheidung erfolgen. Diese andere Grundsatzentscheidung für eine Energiepolitik zur Aufgabe des inländischen Steinkohlenbergbaus ist nicht in Sicht. Sie wäre auch keine Energiesicherungspolitik mehr und daher unverantwortlich. Die Konsequenzen hätten nicht nur der Bergbau und die Bergbauregionen zu tragen.

Wie auch immer, der Steinkohlenbergbau verträgt keine Stop-and-go-Politik, sondern braucht zur Erfüllung seiner Aufgaben langfristig stabile Orientierungsdaten.